

23.07.2025

Kleine Anfrage 6153

des Abgeordneten Dr. Dennis Maelzer SPD

Was haben die Berechnungen der Landesregierung für eine kostenfreie Verpflegung in Kitas ergeben?

In ihrem Koalitionsvertrag haben CDU und GRÜNE erklärt: „Wir streben eine kostenfreie Verpflegung in Kitas an und werden Eltern schrittweise einkommensabhängig von Essensgeldern entlasten.“ Von einer Entlastung bei den Essensgeldern ist landesweit jedoch keine Spur zu erkennen. Erst im vergangenen Herbst kritisierte der JAEB Köln einen sprunghaften Anstieg der Essensgelder um 75 Prozent, der Eltern nicht sozialverträglich vermittelt werden könne.¹

Im März 2023 hat Frau Ministerin Paul schriftlich mitgeteilt, die Landesregierung habe erste Berechnungen über finanzielle Auswirkungen einer Senkung der Elternbeiträge für die Verpflegung in der Kindertagesbetreuung für das Land Nordrhein-Westfalen vorgenommen. Auf Nachfrage im Plenum, was diese Berechnungen ergeben haben, antwortete die Ministerin, dass sie dies „so ad hoc“² nicht beantworten könne. Im Rahmen der Beantwortungsfrist einer Kleinen Anfrage müsste eine Antwort jedoch möglich sein.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Fortschritte hat die Landesregierung bei der schrittweisen Entlastung von Eltern bei Kita-Essensbeiträgen seit 2022 gegenüber der vorherigen Wahlperiode erzielt?
2. Mit welchen zusätzliche Kosten für den Landeshaushalt gegenüber der vorherigen Wahlperiode waren diese Fortschritte verbunden?
3. Welche Berechnungen zu den finanziellen Auswirkungen einer Senkung der Elternbeiträge hat die Landesregierung ihrerseits angestellt? (Bitte die berechneten Szenarien benennen und darstellen.)
4. Was sind die Kosten für die Szenarien einer Senkung der Elternbeiträge, welche die Berechnungen der Landesregierung ergeben haben?
5. Beobachtet die Landesregierung die Entwicklung der Belastung von Eltern durch gestiegene Beiträge für Essen und Betreuung?

Dr. Dennis Maelzer

¹ Vgl. <https://jaeb.koeln/2024/09/29/pressemitteilung-erhoehung-essensgelder/#:~:text=JAEB%20K%C3%B6ln%20spricht%20sich%20gegen,nicht%20sozial%20vertr%C3%A4glich%20vermittelt%20werden.>

² <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP18-99.pdf>, S. 99.